



**Interpellation von Karl Nussbaumer und Stephan Schleiss
betreffend Unterbringung von Asylbewerbern im Kanton Zug
vom 17. Oktober 2008**

Die Kantonsräte Karl Nussbaumer, Menzingen, und Stephan Schleiss, Steinhausen, haben am 17. Oktober 2008 folgende Interpellation eingereicht:

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) liess mit Pressemitteilung vom 16.10.08 verlauten, dass ab November 2008 in Menzingen eine Notunterkunft für 100 Asylbewerber eröffnet wird. Grund hierfür sind gemäss EJPD die gestiegenen Asylgesuche aus Konfliktgebieten wie Somalia, Eritrea, Irak und Sri Lanka. Gleichzeitig wurde bekannt, dass der Kanton plant, in der Liegenschaft des Kantonalen Gymnasiums in Menzingen eine kantonale Asyl-Unterkunft einzurichten. Damit würde Menzingen gleich eine doppelte Last tragen.

Wir bitten den Regierungsrat in diesem Zusammenhang die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Stimmt es, dass in der Liegenschaft des Kantonalen Gymnasiums und in der geplanten Notunterkunft auf dem Gubel vor allem junge Asylbewerber untergebracht werden? Wie viele Asylbewerber sollen im Kantonalen Gymnasium maximal einquartiert werden?
2. Wird diese Zahl im Kantonalen Gymnasium koordiniert mit der Zahl der Asylbewerber in der geplanten Notunterkunft auf dem Gubel? Das heisst, wird die Zahl der Asylbewerber im Kantonalen Gymnasium gesenkt, wenn der Bund Asylbewerber in der geplanten Notunterkunft auf dem Gubel unterbringt?
3. Wie stellt die Direktion des Innern sicher, dass durch die Unterbringung von Asylbewerbern im selben Gebäude wie die Tagesschule Elementa und des Kantonalen Gymnasiums Menzingen der Schulbetrieb nicht beeinträchtigt wird?
4. Vor nicht allzu langer Zeit hat die damalige Direktorin des Innern, Frau alt Regierungsrätin Brigitte Profos, an einer Podiumsveranstaltung der Bevölkerung versprochen, dass es sich bei den vom Kanton in Menzingen untergebrachten Asylbewerbern künftig vorwiegend um Familien handeln werde. Fühlt sich die Direktion des Innern heute noch an dieses Versprechen gebunden? Wenn ja, wie wird das Versprechen umgesetzt werden?
5. Wie viele Asylbewerber sind per Stichtag 17.10.08 in jeder Zuger Gemeinde untergebracht? Wie viele sollten es in jeder Gemeinde nach Massgabe der Bevölkerungszahl sein? Wie werden sich diese Zahlen mit Inbetriebnahme der beiden Unterkünfte in Menzingen entwickeln?
6. Welche Massnahmen plant der Regierungsrat um die Verteilung der Asylgesuche unter den Gemeinden gerechter zu gestalten? Wird der Regierungsrat die Gemeinde Menzingen für die Sonderlasten finanziell entschädigen?
7. Wann wurde der Kanton Zug vom Bundesamt für Migration erstmals über mögliche Pläne, auf dem Gubel eine Notunterkunft zu eröffnen, orientiert bzw. hat der Kanton davon erfahren oder hätte er sich darum kundig machen können?

8. Welche Massnahmen hat der Regierungsrat ergriffen, um sich beim Bund gegen die Platzierung der Asylbewerber zu wehren? Wird der Regierungsrat noch solche Massnahmen ergreifen?
9. Ist der Regierungsrat bereit, den Asylbewerbern in der geplanten Notunterkunft auf dem Gubel für die Gemeinde Menzingen ein Rayonverbot auszusprechen? Kann der Gemeinderat von Menzingen alternativ ein solches Rayonverbot aussprechen?
10. Wann wird der Regierungsrat beim EJPD vorstellig werden und von der Departementsvorsteherin die Inkraftsetzung des vorbereiteten dringlichen Bundesbeschlusses zur Aberkennung der Dienstverweigerung als Asylgrund fordern?
11. Teilt der Regierungsrat die Auffassung, dass abgelegene und strukturschwache Kantone zur Bereitstellung von Notunterkünften besser geeignet sind als der Kanton Zug? Wenn nein, warum ist die Gemeinde Menzingen besonders geeignet?
12. Welche Liegenschaften besitzt der Bund im Kanton Zug? Ist der Regierungsrat bereit, dem Bund für diese Liegenschaften ein Kaufangebot zu unterbreiten?
13. Ist der Regierungsrat bereit, künftige NFA-Überweisungen davon abhängig zu machen, dass NFA-Empfänger-Kantone sich überproportional in der Asylbewerberbetreuung stark machen?
14. Die Liegenschaft Gubel ist Landwirtschaftszone, demzufolge nicht zonenkonform für eine Unterbringung von Asylanten, teilt die Regierung diese Ansicht auch?

Die Interpellanten bitten um mündliche Beantwortung.